

Kreistagsfraktion Rotenburg (Wümme)

Reinhard Bussenius

Telefon: 04282/50 83 50
Telefax: 04282/50 83 52
E-Mail: rbussenius@freenet.de
Internet:
www.gruene-kv-rotenburg.de

Bankverbindung des Kreisverbandes B90/DIE GRÜNEN:
Sparkasse Scheeßel
Konto Nr. 75 02 24
BLZ 291 525 50

Grüne

Reinhard Bussenius

Pressemitteilung

3. Mai 2008

Grünen Fraktion für offensive Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises Landes-GRÜNE fordern Gebietsschutz und Konzessionsvergabe bei Wertstoffentsorgung

Die Grünen im Rotenburger Kreistag sind besorgt über die Gestaltung der Abfallentsorgung. Es müsse in Zukunft sichergestellt werden, dass der Landkreis rechtzeitig auf Veränderungen bei der Verwertung von Sekundärrohstoffen reagiert. Beim Altpapier sei die Situation schwierig, da der Landkreis bis zum Jahre 2010 durch einen Vertrag an die Firma Oetjen gebunden sei und vorläufig wenig Spielraum habe.

Die Kreisgrünen fordern, dass daher zunächst die bisherige Form der Altpapiersammlung gestärkt werden müsse. Dazu gehört nach Ansicht der Grünen eine verbesserte Leerung der vorhandenen Sammelcontainer und ggf. die Schaffung von weiteren Sammelplätzen, z. B. bei den Vereinen, in den Ortschaften aber auch bei Einrichtungen des Kreises und an Schulen. Besonders die Interessen der Vereine seien zu wahren und ihre durch Arbeit durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen, die durch ihre Papiersammlung Projekte u. a. in der Jugendarbeit und für Ferienprogramme finanzieren. Außerdem seien die Bürger offensiv auf die Folgen privater Altpapiersammlung für die Müllgebühren hinzuweisen. Immerhin flössen bislang 200 000 Euro Erlös aus der Altpapierentsorgung dem Betrieb Abfallwirtschaft des Kreises zu, der damit die Müllgebühren niedriger hält. Der Landkreis könne nicht untätig bleiben und müsse eine breite Öffentlichkeitsarbeit leisten.

Auch die Landtagsgrünen haben Umweltminister Sander vorgeworfen, sich vor der derzeit in den niedersächsischen Landkreisen tobenden Auseinandersetzung um die Rechte an der Altpapiersammlung zu verstecken. "Die Landesregierung guckt tatenlos zu und trägt die Verantwortung dafür, dass die Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger steigen", sagte der Fraktionsvorsitzende Stefan Wenzel letzte Woche in Hannover.



Der Grünen-Politiker forderte den Umweltminister auf, sich beim Bund für einen gesetzlichen Gebietsschutz für die Dienstleistung Wertstoffentsorgung einzusetzen. Denkbar sei auch ein Modell der Konzessionsvergabe für diese Dienstleistung. Mit den Einnahmen könnten höhere Kosten bei den kommunalen Entsorgern ausgeglichen werden.

Es sei unakzeptabel, dass die Gewinne aus dem Verkauf des Altpapiers privat kassiert und die Verluste bei den kommunalen Entsorgern von der Allgemeinheit über höhere Abfallgebühren getragen werden, sagte Wenzel. Dass Minister Sander in diesem Fall als Papiertiger auftritt und auf die steuernde Kraft des Marktliberalismus wartet, ginge zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

Reinhard Bussenius
Mitglied im Abfallausschuss